

Bund zahlt Rente für 500 NVA-Radaropfer

Berlin/Leipzig (maj). Das Bundesverteidigungsministerium hat teilweise die Verantwortung für strahlenbedingte Erkrankungen von Angehörigen der Bundeswehr und der früheren Nationalen Volksarmee (NVA) übernommen. Rund 500 Opfer von Radarstrahlen erhalten demnach eine Rente aus dem Verteidigungsetat. Der zuständige Ausschuss des Bundestags billigte die Entschädigung, die im Abschlussbericht des Ministeriums zur „Radarstrahlenproblematik“ vorgeschlagen wird. Etwa 2000 Antragsteller gehen jedoch leer aus, weil sie nicht an Radargeräten tätig waren oder an keinem bösartigen Tumor erkrankt sind.

Mit den Rentenzahlungen allein ist es für die Bundeswehr jedoch möglicherweise nicht getan. Der Abschlussbericht ist die Basis für die Fortsetzung der seit zwei Jahren auf Eis liegenden Zivilklagen der Opfer auf Schadensersatz und Schmerzensgeld. Die Soldaten und Zivilangestellten waren teilweise noch bis in die 90er Jahre einer radioaktiven Strahlung ausgesetzt. Unter anderem waren Drehknöpfe und Skalen in den abgedunkelten Radarstellungen seit Anfang der 60er Jahre mit radioaktiver, radiumhaltiger Leuchtfarbe beschichtet. Die Anwälte argumentieren, ihre Klienten hätten gegen diese Strahlung keinerlei Schutz gehabt. Die Opfer erkrankten überwiegend an Leukämie oder Hodenkrebs.

@ www.lvz-online/download

30.06.2005

LVZ

Do., 30. Juni 05

RATGEBERTELEFON

Montag bis Freitag 10 bis 12 Uhr
03 71/65 65 65 65

Postanschrift:

Freie Presse
Ressort Ratgeber/Service
Postfach 261
09002 Chemnitz

Fax: 03 71/65 61 70 47

E-Mail: ratgeber@freiepresse.de

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass wir keine Rechtsberatung erteilen und auch jedwede sonstigen Auskünfte unverbindlich erfolgen müssen. Verbindliche Auskünfte dürfen nur Rechtsanwälte und Notare erteilen. Adressen erfahren Sie über die Rechtsanwalts- bzw. Notarkammer in Dresden oder Suchdienste.

elt

Ur die Toten

nische Soldaten
bschrauber war
irge vermutlich
sten abgeschos-
f-Lager in Kun-
Soldaten statio-
ler Nordprovinz
n aus. Die Deut-
zu ihnen gegän-
n Amerikanern
rochen. Vogler-
hon weh."

dem tödlichen
Bundeswehr-Sol-
die Deutschen
che Polizeichef
r waren ins Isaf-
um ihr Mitge-
und sich in das
nzutragen. Sie
ungen der Deut-
iung des Landes
s Krie... Am
hr hatten sich
en im Camp zu
im Speiseraum
der beiden getö-
iren aufgestellt
Pfarrer und den
setzen der Ver-
ich die Vertrete-
n Amtes Worte
lenkens gespro-

landete das aus
ermes kommen-
en beiden toten
ilitarischen Teil
n/Wahn. Mit ei-
eremoniell wur-
hrt. Daran nah-
gehörigen Ver-
Peter Struck
r-Generalinspek-
eiderhan teil.

Verstrahlte Soldaten erhalten Rente

500 Opfer aus Bundeswehr und NVA anerkannt

Berlin. Rund 500 Opfer von Radarstrahlen bei der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee (NVA) erhalten eine Rente aus dem Verteidigungsetat. Das geht aus dem Abschlussbericht des Verteidigungsministeriums zur „Radarstrahlenproblematik“ hervor, der gestern vom zuständigen Ausschuss des Bundestages gebilligt worden ist. Wie der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold weiter mitteilte, wurden etwa 2000 Antragsteller nicht anerkannt, weil sie nicht an Röntgenstrahlern tätig waren oder nicht an einem bösartigen Tumor erkrankt sind.

Laut Arnold waren die Radarkommission des Verteidigungsausschusses, der Bund zur Unterstützung Radargeschädigter und das Verteidigungsministerium in die Entscheidungen eingebunden und haben der Vorlage des Abschlussberichts ausdrücklich zugestimmt. Alle Versorgungsverfahren im Zusammenhang mit Radargeräten der Bundeswehr und der NVA seien auf der Grundlage des Berichts der Radarkommission vom 2. Juli 2003 geprüft worden. Auch künftige Versorgungsanträge sollten danach geprüft werden.

Außer den Rentenzahlungen könnten auf die Bundeswehr allerdings auch noch erhebliche weitere Kosten zukommen. Der Abschlussbericht wird Basis sein für die Fortsetzung der seit 2003 auf Eis liegenden Zivilklagen der Opfer auf Schadenersatz und Schmerzensgeld. (ap)

Bundeswehr muß entschädigen

BERLIN. Rund 500 Opfer von Radarstrahlen bei der Bundeswehr und der früheren NVA erhalten eine Rente aus dem Verteidigungsetat. Das geht aus dem Abschlußbericht des Verteidigungsministeriums zur »Radarstrahlenproblematik« hervor, der am Mittwoch vom zuständigen Ausschuß des Bundestages gebilligt worden ist. Wie der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold weiter mitteilte, wurden etwa 2 000 Antragsteller nicht anerkannt, weil sie nicht an Röntgenstrahlern tätig waren oder nicht an einem bösartigen Tumor erkrankt sind. Der Abschlußbericht wird außerdem Grundlage sein für die Wiederaufnahme der seit 2003 auf Eis liegenden Zivilklagen der Opfer auf Schadenersatz und Schmerzensgeld. Bei den Opfern handelt es sich um größtenteils langgedientes Bedienungs- und Wartungspersonal von Radargeräten der Armee, das zum Teil noch bis 1985 an seinen Arbeitsplätzen radioaktiver Strahlung ausgesetzt war. (AP/jW)

30.06.05
Plauen

Verstrahlte Soldaten erhalten Rente

**500 Opfer aus Bundeswehr
und NVA anerkannt**

Berlin. Rund 500 Opfer von Radarstrahlen bei der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee (NVA) erhalten eine Rente aus dem Verteidigungsetat. Das geht aus dem Abschlussbericht des Verteidigungsministeriums zur „Radarstrahlenproblematik“ hervor, der gestern vom zuständigen Ausschuss des Bundestages gebilligt worden ist. Wie der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold weiter mitteilte, wurden etwa 2000 Antragsteller nicht anerkannt, weil sie nicht an Röntgenstrahlern tätig waren oder nicht an einem bösartigen Tumor erkrankt sind.

Laut Arnold waren die Radarkommission des Verteidigungsausschusses, der Bund zur Unterstützung Radargeschädigter und das Verteidigungsministerium in die Entscheidungen eingebunden und haben der Vorlage des Abschlussberichts ausdrücklich zugestimmt. Alle Versorgungsverfahren im Zusammenhang mit Radargeräten der Bundeswehr und der NVA seien auf der Grundlage des Berichts der Radarkommission vom 2. Juli 2003 geprüft worden. Auch künftige Versorgungsanträge sollten danach geprüft werden.

Außer den Rentenzahlungen könnten auf die Bundeswehr allerdings auch noch erhebliche weitere Kosten zukommen. Der Abschlussbericht wird Basis sein für die Fortsetzung der seit 2003 aufgeführten